



Gründung der DDR/ Zweimal Deutschland?

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt A: Gründung der DDR

Die hier nur skizzenhaft mögliche Darstellung ergänzen die Informationen zur politischen Bildung, Nr.312: Geschichte der DDR (www.bpb.de/shop/zeitschriften/informationen-zur-politischen-bildung/48498/geschichte-der-ddr).

Nach 1945 gab es vermutlich verschiedene Optionen in der sowjetischen Deutschlandpolitik, die nebeneinander offen gehalten wurden. Das Festhalten an einem Potsdam-Deutschland (vgl. *Thema 03*) bot der Sowjetunion die Chance, ihre Vorstellungen im ganzen Deutschland und nicht nur in einem halben zur Geltung zu bringen. Zudem ermöglichte es den besseren Zugriff auf dringend benötigte Reparationslieferungen aus Westdeutschland. Einiges sprach also für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Westmächten.

Nach der von US-Präsident Truman 1947 eingeleiteten Politik der Eindämmung des sowjetischen Einflusses (vgl. *Thema 04*) schien dagegen ein Plan B realistischer: vollständige Sowjetisierung wenigstens des halben Deutschlands. Entsprechend beschwören Stalin und KPD/SED öffentlich Potsdam und die Einheit Deutschlands, gleichzeitig werden aber auch die Fundamente für einen kommunistischen Separatstaat gelegt.

— Ergänzende Informationen

Walter Ulbricht (1893–1973)

Führender KPD-Funktionär und Reichstagsabgeordneter, verließ 1933 Deutschland und lebte seit 1938 im Exil in Moskau. Er baute die SED 1948/50 zu einer stalinistischen Kaderpartei um („Partei neuen Typs“). Als Generalsekretär der SED (1950) und seit 1960 auch Vorsitzender des Staatsrats (= Staatsoberhaupt) vereinigte er die höchste politische und staatliche Macht der DDR in seiner Hand. Seinen im *Arbeitsblatt A* zitierten Ausspruch überliefert Wolfgang Leonhardt, ein damaliges Mitglied der Gruppe Ulbricht, in seinem Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ (1. Aufl. 1955).

SMAD-Politik

Als sich 1945 die Vorsitzenden der CDU in der SBZ, Andreas Hermes und Walther Schreiber, der kommunistischen Bodenreformpolitik im „Block“ widersetzen, wurden sie von der SMAD ihrer Posten enthoben. Ihren Nachfolgern Jakob Kaiser und Ernst Lemmer erging es ebenso, als sie es 1948 ablehnten, sich mit der CDU an der kommunistischen Volkskongressbewegung zu beteiligen.

Speziallager

Zum Teil unter Fortnutzung von NS-Konzentrationslagern (Buchenwald und Sachsenhausen) unterhielten die Sowjets 10 Speziallager in der SBZ, in denen zwischen 1945–1950 bis zu 176.000 Menschen inhaftiert waren. Es waren zum einen „feindliche Elemente“, die die sowjetische Geheimpolizei ohne Gerichtsurteil dort festhielt. Zum anderen waren es von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilte, denen „anti-sowjetische Agitation“, „Spionage“, „Sabotage“ etc. vorgeworfen worden war und deren Verurteilung in Schnellverfahren erfolgte. Was als Kampf gegen „Faschisten“ deklariert wurde, wandelte sich schnell zum Repressionsmittel gegen jede Form politischer Gegnerschaft zur sowjetischen Besatzungsherrschaft. Die Haftbedingungen in den Speziallagern waren katastrophal, rd. 35 % der Häftlinge starben.

Sie wurden in Massengräbern verscharrt. 1950 wurden die letzten drei noch bestehenden Speziallager Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen aufgelöst, doch für Zehntausende setzte sich der Leidensweg in Gefängnissen der Sowjetunion und der DDR fort.

— *Tipps*: Umfangreiches Material hierzu: Annette Kaminsky (Hrsg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen. Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Verlag Forum Leipzig 2004.

DWK als Vor-Regierung der SBZ

Bereits 1945 hatte die SMAD elf den Länderverwaltungen in der SBZ übergeordnete Zentralverwaltungsstellen eingerichtet (für Post, Finanzen, Industrie, Landwirtschaft u.a.), die im Juni 1947 zur Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) zusammengefasst wurden. Am 12.2.1948 wurde die DWK umorganisiert und erhielt die regierungsähnliche Vollmacht, verbindliche Anordnungen für die gesamte SBZ zu erlassen. Zum Chef bestimmte die SMAD den Altkommunisten Heinrich Rau. Nach dem 7.10.1949 ging die DWK in der DDR-Regierung auf.

Volkskongressbewegung

Nachdem bereits auf drei Außenministerkonferenzen der vier Siegermächte ergebnislos über die politische Zukunft Deutschlands beraten worden war, war auch auf der Londoner Außenministerkonferenz (25.11.–15.12.1947) keine Einigung zu erwarten. Sie diente vor allem dem Zweck, die Schuld an der Teilung Deutschlands der jeweils anderen Seite zuzuweisen. Die Sowjetunion brachte in diesem Schaukampf die Volkskongressbewegung in Stellung. Ganz in ihrem Sinne beschloss der 1. Volkskongress in Berlin (6./7.12.1947) eine Resolution, die zum Teil wortwörtlich mit Positionen des sowjetischen Außenministers übereinstimmte. Der 2. Volkskongress wurde für den 18. März 1948 einberufen, dem 100. Jahrestag der Märzrevolution in Berlin. Er forderte, die damals unvollendete Revolution müsse jetzt in ganz Deutschland vollendet werden, und zwar nach dem Vorbild der SBZ.

Bei den Wahlen zum 3. Volkskongress kam es zu Wahlmanipulationen erheblichen Umfangs. Als amtliches Endergebnis wurden 66,1 % Ja-Stimmen verkündet. In Ost-Berlin stimmten sogar nur 51,7 % für die Einheitsliste. Die SED-Mehrheit war dadurch gegeben, dass eine große Zahl derjenigen, die auf dem Stimmzettel für FDJ, FDGB und andere Organisationen kandidierten, gleichzeitig Mitglieder der SED waren.

1 ■ Wie sehen demokratische Wahlen aus?

Die Kandidaten  auf dem (abgebildeten) Stimmzettel vertraten folgende Parteien/Organisationen der SBZ:

- **CDU** (Christlich Demokratische Union)
- **DBD** (Demokratische Bauernpartei Deutschlands*)
- **DFD** (Demokratischer Frauenbund Deutschlands)
- **FDGB** (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund)
- **FDJ** (Freie Deutsche Jugend)
- **Kulturbund**;
- **LDP** (Liberal-Demokratische Partei)
- **NDP** (Nationaldemokratische Partei*)
- **SED** (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)
- **VVN** (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes).

Ohne Nennung einer Organisationszugehörigkeit treten zwei Kandidaten an (Nr. 11 und Nr. 48), von denen Nr. 48 seit 1928 KPD-Mitglied war (Sein Sohn Markus war der spätere Geheimdienstchef der DDR).

* SED-gesteuerte Parteineugründung 1948.



Gründung der DDR/ Zweimal Deutschland?

— Zu Aufgabe 1

Der Unterschied der Stimmzettel liegt darin, dass bei der Bundestagswahl zwischen unterschiedlichen Parteien ausgewählt werden kann, beim Volkskongresswahlzettel aber nicht.

— Zu Aufgabe 2

Er ähnelt dem Stimmzettel zur Reichstagswahl 1938. Beide sind mit einer Suggestivfrage verknüpft, die kaum zu verneinen ist (Wer sollte schon für einen ungerechten Frieden sein?). Über ein Drittel der DDR-Bevölkerung, in Ost-Berlin sogar fast die Hälfte, durchschaute 1949 allerdings den Trick und stimmte mit „Nein“.

— Zu Aufgabe 3

Zentraler Grundsatz für demokratische Wahlen muss sein, dass sie eine Aus-Wahl zwischen politischen Alternativen ermöglichen und nicht nur ein Bekenntnis zum Regierungskurs abverlangen. Die Wahlen müssen außerdem tatsächlich geheim sein, offene Stimmabgabe, wie sie bei späteren Volkskammerwahlen üblich war („Zettel falten“), muss zur Ungültigkeit führen, auch wenn sie angeblich freiwillig erfolgt.

Zu diskutieren wäre die DDR-Behauptung, der 3. Volkskongress sei aus „freien, geheimen und direkten Wahlen“ hervorgegangen (siehe Kleines politisches Wörterbuch, Dietz-Verlag, Berlin (Ost), 7. Auflage 1988, S.1.050).

— Zusatzaufgabe

Sind Wahlen frei, bei denen eine Auswahl zwischen konkurrierenden Konzeptionen politischer Parteien nicht möglich ist?

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt B: Zweimal Deutschland?

2 Welcher ist der rechtmäßige deutsche Staat?

Die Frage nach der Legitimität der 1949 entstandenen deutschen Staaten ist keine abgehobene akademische Frage. Die Nichtanerkennung der DDR war ein wesentlicher Bestandteil der praktischen Deutschlandpolitik der Bundesregierung in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens. International gelang es der Bundesregierung mit ihrem Standpunkt lange Zeit, die DDR außerhalb des sowjetischen Machtbereichs diplomatisch zu isolieren. In der (nach dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt benannten) „Hallstein-Doktrin“ hatte sie erklärt, sie würde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anderer Staaten zur DDR „als unfreundlichen Akt“ ansehen. Wie sie darauf reagieren werde, ob sie Wirtschaftshilfe einfrieren oder ihrerseits die diplomatischen Beziehungen abbrechen würde, ließ sie offen.

Die Hallstein-Doktrin produzierte ihr viele Probleme, doch erst mit der neuen Ostpolitik seit 1969 wurde die Position des Alleinvertretungsrechts von der Bundesrepublik endgültig aufgegeben. Im „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen“ vom 21.12.1972 vereinbarten BRD und DDR „gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung“, allerdings „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen [...] zur nationalen Frage“.

Lösungen

Die Schüler²³ werden beim Vergleich unschwer erkennen, dass in *Quelle A* wie in *Quelle B* der gleiche Anspruch erhoben wird, nämlich der einzig legitime deutsche Staat zu sein.

a) Pieck erklärt, die DDR besitze die Legitimation, „für das ganze deutsche Volk zu sprechen“, nennt sie das „deutsche Kerngebiet“, und will die „losgerissenen Teile Deutschlands“ dereinst „in einem demokratischen Deutschland“ vereinigen. Die Behauptungen über die „wiedererlangte Souveränität“ und das „selbständige, freie Deutschland“ sind sachlich falsch. Pieck unterschlägt die Existenz der Sowjetischen Kontrollkommission.

b) Pieck gibt keine Begründung für seine Behauptung, dass die DDR-Regierung „die Interessen des deutschen Volkes wahrnimmt“. Für ihn als Marxisten-Leninisten erübrigt sich dies auch. Denn der historische Materialismus lehrt, dass die Kommunisten nach einer (angeblichen) historischen Gesetzmäßigkeit im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus dazu berufen seien, die Führungsrolle in der Gesellschaft zu übernehmen. Der Schriftsteller Stephan Hermlin (SED) hat dieses Sendungsbewusstsein so formuliert: „Die Kommunisten sind [...] ein auserwähltes Volk, ich gebrauche bewusst diesen biblischen Ausdruck. Nur sie führen die Gesellschaft in eine neue historische, menschliche Ordnung.“ (Junge Welt, 16.9.1988, nach: Deutschland-Archiv, 12/1988, S.135)

c) Adenauer nennt die Bundesrepublik Deutschland „die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“, die „allein befugt (ist) für das deutsche Volk zu sprechen.“

d) Adenauer begründet den Anspruch damit, dass allein die Bundesrepublik sich auf den „frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher“ stützen könne, während es in der SBZ „keinen freien Willen der Bevölkerung“ gebe. An anderer Stelle der Regierungserklärung rechnet er dann vor: „Die Wahlen zum ersten Bundestag wurden am 14. August 1949 abgehalten. An ihnen beteiligten sich rund 25 Millionen von 31 Millionen stimmberechtigter Deutscher. Nur die 1,5 Millionen kommunistischer Stimmen, die abgegeben wurden, kann man als gegen die staatliche Neuordnung abgegeben bezeichnen, sodass rund 23 Millionen Wähler bei dieser Wahl bestätigten, dass sie die staatliche Neuordnung der drei Westzonen, die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland billigten.“

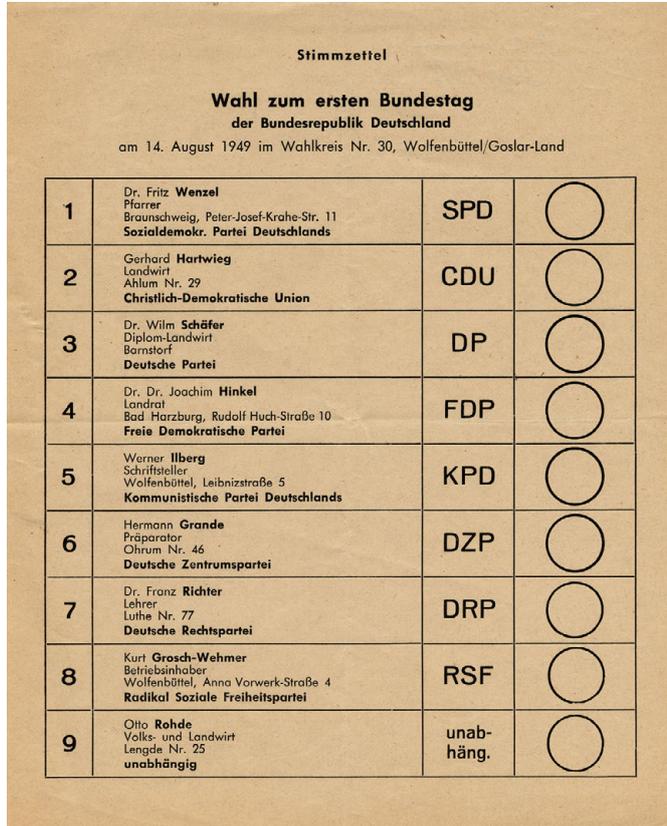
e) Die unscharf formulierte Frage soll anknüpfend, aber dann auch über die Arbeitsaufgabe hinausgehend, zum Nachdenken in verschiedene Richtungen einladen. Soll demjenigen²⁴ recht gegeben werden, der sich auf die Mehrheit beruft (Adenauer), oder demjenigen²⁵, der vorgibt, eine Mission zu erfüllen, die dem Fortschritt dient, nämlich der endgültigen Befreiung des Menschen von kapitalistischer Ausbeutung (Pieck)? Ist es unter Umständen berechtigt, eine unwissende und widerstrebende Mehrheit zu ihrem Glück zu zwingen? Muss akzeptiert werden, was Helmut Schmidt einen „unbehebbarer Geburtsfehler der Demokratie“ genannt hat, nämlich „daß nicht derjenige recht kriegt, der recht hat, sondern daß derjenige recht kriegt und Recht setzen kann, der die Mehrheit hat.“ (Norbert Schreiber: Die Zukunft unserer Demokratie. dtv Dokumente 2.912. München 1979, S.107f. Originalrechtschreibung) Ist es prinzipienlos, sich der Mehrheit zu beugen, statt innovative Wege zu beschreiten?



Gründung der DDR

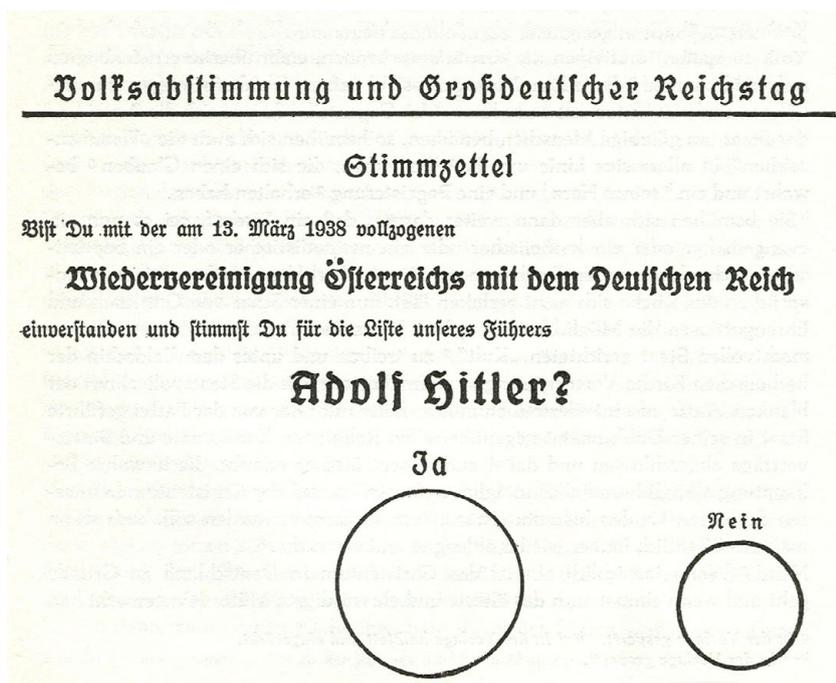
Kopiervorlage

— Zu Aufgabe 1



— Abb. 1: Stimmzettel für die Wahlen zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 14. August 1949

— Zu Aufgabe 2



— Abb. 2: Originalgetreue Kopie des Stimmzettels für den 10. April 1938 (SA Sigmaringen)